

Jahre lang eingesperrt worden sei, passe eine neue Gefängnishaft schwerlich. „Das politische Scheitern, die moralische Ächtung ‚der alten Kominternleute‘ an deren Lebensabend ist bereits eine exemplarische Bestrafung.“ Dagegen läßt sich schlecht etwas einwenden. *se*

Eindringlich

Das Gebetstreffen von Assisi

Das auf Einladung und unter Beteiligung Johannes Pauls II. am 27. Oktober 1986 in Assisi veranstaltete Gebetstreffen der Religionen für den Frieden (vgl. HK, Dezember 1986, 556) hatte keinen speziellen Anlaß. Beim Gebetstreffen, das jetzt am 9. und 10. Januar in der Stadt des Friedensheiligen Franziskus stattfand, war das anders: Im entsprechenden Aufruf, den Johannes Paul II. Anfang Dezember 1992 zusammen mit den Vorsitzenden der Bischofskonferenzen Europas ergehen ließ, war ausdrücklich vom *Krieg in Bosnien-Herzegowina* die Rede; dieser tragische Krieg stelle den Kirchen in Europa in besonderer Weise Fragen.

Dementsprechend stand auch das Treffen vom 9. und 10. Januar weitgehend im Zeichen des Krieges in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik, dessen Grausamkeiten inzwischen ein unvorstellbares Ausmaß erreicht haben, ohne daß ein baldiges Ende bzw. ein gerechter Friede abzusehen wäre. Bei der Feier am Abend des 9. Januar kamen nach einer Ansprache des Papstes vier Vertreter aus dem Kriegsgebiet mit ihren Zeugnissen zu Wort, darunter der katholische Erzbischof von Sarajewo und das Oberhaupt der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien, *Jakub Selimoski*. Seinen Bericht schloß Selimoski mit der Frage, wie Europa es zulassen könne, daß eine ganze Nation ausgelöscht werde. Zuvor hatte er an die Opfer des Krieges unter seinen Glaubensgenossen erinnert: 200000 getötete und 500000 verwundete Muslime, mehr als 35000

vergewaltigte muslimische Frauen und Mädchen.

Während im Oktober 1986 auch Vertreter der asiatischen Religionen und verschiedener Stammesreligionen anwesend waren, galt die Einladung nach Assisi diesmal neben den christlichen Kirchen nur Vertretern des Judentums und des Islam. Der Papst sprach in diesem Zusammenhang von den „drei großen religiösen Traditionen“, die seit Jahrhunderten in Europa vertreten seien und ihren Beitrag zur Entwicklung des Kontinents geleistet hätten. Während die *Juden* in Assisi nur schwach vertreten waren (das Treffen begann am Sabbat), wurde der europäische *Islam* durch eine dreißigköpfige Delegation repräsentiert, darunter auch zwei Muslime aus Berlin. Johannes Paul II. erinnerte bei einer Begegnung mit den muslimischen Teilnehmern des Gebetstreffens an die Aussagen des Zweiten Vatikanums über die christlich-muslimische Zusammenarbeit und bekräftigte den Willen der katholischen Kirche, diese Zusammenarbeit zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit fortzusetzen.

Schon das Schlußdokument der Europasynode von Ende 1991 (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.) hatte ausdrücklich auf die Bedeutung der Beziehungen zu den Muslimen für das Christentum und die europäische Kultur hingewiesen: Ungeachtet der bekannten Schwierigkeiten sei der Dialog mit den Muslimen heute höchst notwendig. Gerade das Gebetstreffen von Assisi legt jetzt die Vermutung nahe, daß man im Vatikan großes Interesse daran hat, zumindest den *Islam in Europa* in eine „große Koalition“ der Konfessionen und Religionen für Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden einzubinden. Johannes Paul II. in Assisi: „Es kann keinen wirklichen Frieden geben, ohne daß die Gläubigen gemeinsam die Politik des Hasses und der Diskriminierung verwerfen und das Recht auf religiöse und kulturelle Freiheit in allen menschlichen Gesellschaften bekräftigen.“

Keinen Durchbruch erbrachte das Gebetstreffen vom 9. und 10. Januar im seit einiger Zeit massiv belasteten Ver-

hältnis der katholischen Kirche zu den orthodoxen Kirchen im allgemeinen und zur *serbischen Orthodoxie* im besonderen. Außer einem Abgesandten der rumänischen Orthodoxie und zwei orthodoxen Repräsentanten aus Makedonien war die Orthodoxie in Assisi nicht vertreten. Der serbische Patriarch *Pavle* hatte der Einladung zum Treffen nicht Folge geleistet, wohl aber in einer Botschaft an den Papst davon gesprochen, seine Kirche weise die brüderlich ausgestreckte Hand Roms damit nicht zurück und wolle nichts unversucht lassen, um eine Begegnung mit dem Papst zu ermöglichen.

Johannes Paul II. unterließ in seinen Ansprachen und Predigten während des Gebetstreffens jeden Hinweis auf die zwielichtige Haltung der serbischen Orthodoxie gegenüber der Politik und Kriegführung ihres Landes. Er war offensichtlich darum bemüht, keine Türen zuzuschlagen, eine Haltung, die derzeit für das Verhältnis Roms zur Orthodoxie insgesamt gilt. Ob es gelingt, die Gesprächsfäden wieder zu knüpfen, muß sich in den kommenden Monaten zeigen. Die serbisch-orthodoxe Kirche jedenfalls hat eine Bringschuld. *ru*

Weltfeuerwehr

Die überlastete UNO steht vor zu hohen Erwartungen

Mit den Rufen „Faschist und Mörder“ wurde er in Sarajevo empfangen. In *Somalia* mußte sich *Boutros Ghali* vor den Steinwürfen der fanatischen Getreuen unbeeirrbarer Bandenchefs in die zur Festung gewordene US-Botschaft zurückziehen. Und auch bei der dritten Station seiner Neujahrsreise in *Addis Abeba*, wo der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Friedensverhandlungen zwischen den somalischen Kriegsherren eröffnete, wurde er von lautstarken Demonstranten empfangen: Äthiopier prangerten die UNO-Unterstützung für die abgespaltene Provinz Eritrea an.

Demonstrativen Optimismus zur Schau stellend, spielt der Ägypter, stellvertretend vor allem für den Sicherheitsrat, die undankbare Rolle des Blitzableiters. Den einen tut die UNO zu wenig, andere dagegen fühlen sich bevormundet.

Als den „unmöglichsten Job der Welt“ hatte *Dag Hammarskjöld* das Amt des UNO-Generalsekretärs zu Zeiten des Kalten Krieges bezeichnet. Der gegenwärtige Träger dieses unmöglichen Jobs kämpft unter ganz anderen Vorzeichen um Image und Effizienz der Weltorganisation. Denn mit ungeheuren Erwartungen, Ansprüchen und Hoffnungen konfrontiert, drohen die Vereinten Nationen kurz nach der Erlangung neuer Handlungsfreiheit durch das Ende des Ost-West-Konfliktes erneut in Mißkredit, in eine *Glaubwürdigkeitskrise* zu geraten.

Eine wahre *Flut von Interventionsgesuchen* ist in den letzten vier Jahren über die UNO hinweggegangen. Daß diese in überschaubarer Zeit abebben wird, läßt sich kaum annehmen. Von den Schmähungen verletzt, wies Ghali in Sarajevo darauf hin, man solle doch zur Kenntnis nehmen, daß die Situation in anderen Ländern, in denen sich die UNO derzeit erst gar nicht engagieren könne, keineswegs rosiger sei. Berechtigt sind die Überlegungen allemal, die angesichts der Intervention in Somalia fragen, warum nicht auch im Sudan, in Liberia oder Afghanistan von der UNO eingegriffen wird.

In den letzten vier Jahren haben die Vereinten Nationen ebensoviel Operationen auf den Weg gebracht wie in den vierzig Jahren zuvor. Dabei werden die Aufgaben, die der UNO angetragen werden, immer vielfältiger und umfassender: Beobachter, Friedensschützer, Friedensstifter, Wahlhelfer; dazu kommt die Nothilfe bei Natur- und Dürrekatastrophen. In Afghanistan sollen fünf Millionen Flüchtlinge zurückgeführt werden und in Kambodscha müssen UNO-Mitarbeiter die komplette Administration, einen ganzen Staat überhaupt erst aufbauen. Erschwerend tritt hinzu, daß sich die neuen Einsatzformen, das zeigt nicht nur der Fall So-

malia, immer weniger in den alten Kategorien begreifen lassen, die beispielsweise deutlich zwischen „friedenserhaltenden“ und „friedensstiftenden“, rein „humanitären“ und „militärischen“ Interventionen zu trennen suchen.

Unübersehbar sind die gegenwärtigen Probleme der Vereinten Nationen. Nicht nur in Bosnien werden Ziel und Zweck der Stationierung von über 16000 Blauhelmen immer unsicherer und undurchsichtiger. Nur wenig können sie beitragen, das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern, nichts tun, was den Frieden auch nur ein Stück näher bringen würde. Ob die Intervention von fast 30000 vorwiegend amerikanischen Soldaten wirklich die erhoffte politische Wende am Horn von Afrika bringen wird, ist bislang fraglich. Die massiven Bemühungen der UNO in Kambodscha werden weiterhin von den Roten Khmer sabotiert. In El Salvador drohen die durch die UNO vermittelten Friedensgespräche zu scheitern. In Angola werden gar die UNO-Wahlbeobachter für das Wiederaufleben der Kämpfe nach den Wahlen mitverantwortlich gemacht.

Diese *offensichtlichen Schwächezeichen* herunterzuspielen wäre falsch. Ebenso ungerechtfertigt ist es jedoch, die Defizite bei der Durchsetzung der vielen Operationen der UNO allein anlasten zu wollen, wegen dieser Schwierigkeiten erneut ihr Ansehen, ihren Auftrag und eine stärkere Bedeutung für die Zukunft in Frage zu stellen. Die UNO ist so stark oder schwach, wie es ihre *Mitgliedsstaaten* wollen. Zu einem nicht unerheblichen Teil basiert die gegenwärtige Kritik an der UNO auf der Vorstellung von der „Weltfeuerwehr“, die dort zur Stelle zu sein hat, wo es brennt. An derart hochgesteckten Erwartungen wird sie jedoch zwangsläufig scheitern müssen.

Vor allem aber drängen sie solche Erwartungen in die zukunftslose Alternative: „Weltregierung“ eines Weltstaates, der „Weltkingkong“ oder aber Spielball nationaler Interessen, als „Weltgewissen“ mit moralischer Feigenblatt-Funktion. Der Weg zu einer wirklichen Garantin des Weltfriedens, die

nicht nur finanziell von einzelnen Staaten unabhängig und in ihren Operationen dem Primat der Politik verpflichtet ist, bleibt ihr als „Weltfeuerwehr“ versperret.

Die Stärkung internationaler Solidarität, die für Boutros Ghali das Zentrum des zukünftigen UNO-Programmes darstellt, basiert aber gerade – und dies hat er bei seinem Deutschlandbesuch unmißverständlich betont – nicht auf der Schwächung, vor allem aber nicht auf Ersatz der Verantwortung des einzelnen Staates für die internationale Politik. Ebenso wie die regionalen Organisationen steht dieser in der Verantwortung und der Verpflichtung zur Krisenvermeidung, -bewältigung und Friedensbewahrung. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität sind auch hier unlösbar miteinander verbunden. Die Betonung der bleibenden Bedeutung der staatlichen Souveränität für das Funktionieren internationaler Politik setzt freilich die Überwindung des gegenwärtig vielerorts wild blühenden Nationalismus voraus.

Auch die *regionalen Organisationen* scheitern derzeit an ihrer Aufgabe des Krisenmanagements und der Friedenssicherung. Sollen sinnvollerweise Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der sie am ehesten zu lösen sind, müssen aber auch die verantwortlichen Schwachstellen auf der Ebene gesucht werden, auf der sie tatsächlich liegen. Konkret heißt dies etwa, daß im ehemaligen Jugoslawien EG und KSZE nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen werden können. fo

Polarisierung

Französische Verlage und das innerkirchliche Klima

Ein Vorgang, wie er nicht alle Tage vorkommt: Am 5. Januar teilte der französische, von den Dominikanern geführte theologische Verlag „Les Editions du Cerf“ mit, daß er die Übersetzungsrecht-